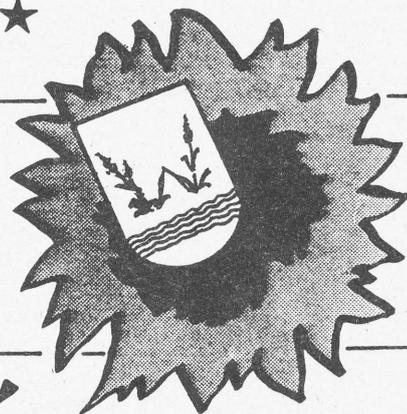


WIESENBACH

Ausgabe  
NOVEMBER '88

# DER GRÜNE BOTE 3/88



## „NAHVERKEHRSKONZEPT“ EINE VERANSTALTUNG DER CDU WIESENBACH



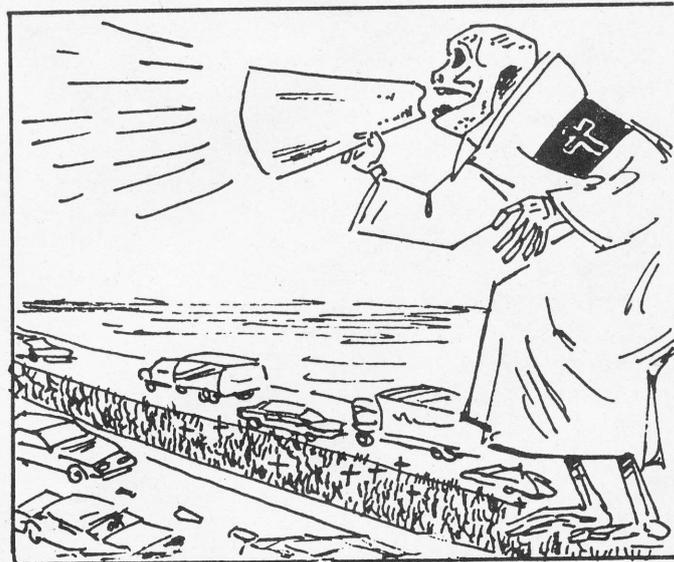
Ja, Sie haben richtig gelesen, wir GRÜNE fordern heute dazu auf, eine Veranstaltung der CDU Wiesenbach zu besuchen! - Und das nicht etwa, weil wir - wie sonst üblich und richtig - Kritik üben möchten, sondern weil - man höre und staune - in CDU-Reihen ein Konzept zum öffentlichen Personennahverkehr entwickelt worden ist, das uns gut gefällt.

Schon im Juli fand in Neckargemünd auf Einladung der Grünen, der SPD und des DGB-Ortskartells eine Veranstaltung statt, auf welcher der "Erfinder" dieses Konzeptes, Robert Wittek aus Heidelberg, seine Ideen und Vorschläge vorstellte. Davon möchten wir nun berichten und hoffen, daß wir dadurch Appetit machen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen und vielleicht auch die CDU-Veranstaltung zu besuchen.

Gerade wir Wiesenbacher kennen das Problem der miserablen öffentlichen Nahverkehrsversorgung besonders gut. Sei es, wir müssen bestimmte Behördengänge tätigen, sei es, wir wollen in Heidelberg einkaufen, ins Kino oder ins Theater, oder sei es auch, wir arbeiten dort und müssen die Strecke sogar tagtäglich bewältigen: wir sind normalerweise gezwungen das Auto zu benutzen und im Stau vorwärtszukriechen und dabei noch die Bewohner und die Landschaft des Neckartals durch Abgase und Lärm schädigen, denn der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend, unattraktiv und zu teuer.

Forderungen nach besserer Versorgung unseres Gebietes wurden bislang mit den Argumenten "zu teuer, zu wenig Benutzer" abgewehrt: Nun glaubt der Heidelberger Verkehrsexperte Robert Wittek, auf unsere Probleme eine Antwort gefunden zu haben, die diesen beiden Argumenten durch ein ausgefeiltes und detailliert durchgerechnetes Konzept den Wind aus den Segeln nimmt.

Seine Idee einer Stadtbahn in West-Ost-Richtung stellt sich als Baukastensystem dar, in dem die Bahn, wo immer es sich anbietet, vorhandene Gleise des HSB, OEG und der Bundesbahn benutzt: Diese werden durch Neubaumaßnahmen dort ergänzt, wo die vorhandenen Strecken abseits der Benutzerinteressen der Fahrgäste verlaufen.



Tempo, Tempo!

So wandelt sich die Stadtbahn in ihrem Verlauf von einer Straßenbahn zu einer U-Bahn und schließlich zu einer S-Bahn. Unattraktive und kostenintensive parallele Buslinien werden eingestellt, die fast ausschließlich auf eigener Trasse verkehrende Bahn ist schneller und billiger: Das Herzstück des Wittek-Plans ist ein zwei Kilometer langer Tunnel unter die Heidelberger Altstadt, der die Lücke zwischen dem innerstädtischen Schienenverkehr und dem Schienennetz der Bundesbahn schließt und zugleich die Fußgängerzone, das Reiseziel eines Großteils der Heidelberg-Besucher, in Zentralerschließung an den öffentlichen Nahverkehr anbindet. Von der

Hauptstraße aus führt die Bahn ins Neuenheimer Feld, denn täglich 40000 Menschen, die hier arbeiten und studieren, als Patient oder Besucher die neuen Kliniken aufsuchen, sind auf Dauer weder durch den PKW noch durch die vorhandenen Buslinien adäquat zu befördern. Eine andere Linie würde auf den OEG-Gleisen Wieblingen anbinden.

Im Osten fährt die S-Bahn auf den Bundesbahngleisen im 20-Minuten-Takt nach Neckargemünd, dort durch die Hauptstraße und das Stadttor, durchs Wiesenbacher Tal nach Wiesenbach und erreicht im Bogen am Barmentaler Bahnhof wieder das Bundesbahngleis. Für die Strecke zwischen Neckargemünd und Wiesenbach hat Robert Wittek eine einspurige Rasengleisanlage vorgesehen, die nicht nur kostengünstig ist, sondern auch auf dem Streifen zwischen Fahrbahn und Radweg Platz findet und so keine weiteren Flächen zupflastert und versiegelt.

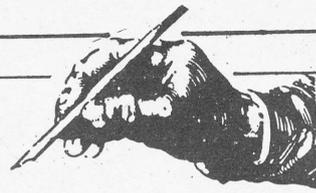
Jedem Gebietskundigen drängen sich nun natürlich viele Fragen auf: Bundesbahn und OEG haben eine andere Spurbreite, wie paßt nun auch noch eine Bahn durch die enge Neckargemünder Altstadt, werden die Anwohner unserer Schillerstraße nun womöglich unablässigem Kreischen von Straßenbahnen ausgesetzt u. s. w.?

Auf alle diese Fragen hat Wittek eine Antwort parat, meistens kann er sogar seine Vorstellung mittels Dias, Fotomontagen oder Film veranschaulichen. Die Veranstaltung wird also sicher - wie auch die damals in NGD - höchst interessant und sollte alle vom Nahverkehr Betroffenen ansprechen. Auch die, die bislang im Auto fahren! Auch die, die sonst als GRÜNE, SPDler oder FWVler nicht unbedingt CDU-Veranstaltungen besuchen.

Eine Bemerkung am Rande: in Heidelberg hatte Robert Wittek größte Probleme, von seinen CDU-Parteifreunden auch nur angehört zu werden, während er bei GAL und inzwischen auch bei der SPD aufmerksames Interesse findet.

Wann: 2. Dezember 1988, 20<sup>00</sup>Uhr  
Wo: Vereinsraum der Biddersbachhalle

Isa Suske



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

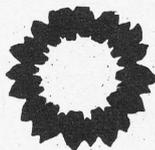
Gemeindepolitik heißt für uns GRÜNE oft genug "dicke Bretter bohren". Das Thema VERKEHRSBERUHIGUNG IN WIESEN-BACH ist so ein "dickes Brett". "Tempo 30 in allen Wohngebieten!" hieß es in unserem Programm zur Kommunalwahl 1984, mit dem die GRÜNEN auf Anhieb in den Wiesenbacher Gemeinderat gewählt wurden. Weil wir unser Programm ernst nehmen, haben wir in Folge ein "Konzept zur Verkehrsberuhigung in Wiesenbach" erarbeitet, im Frühjahr 1986 der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt, und es anschließend in den Gemeinderat eingebracht. Ausgehend von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten macht dieses Konzept eine Fülle von konkreten Vorschlägen zur Beruhigung des Straßenverkehrs in ganz Wiesenbach.

Daß unsere Vorstellungen einem grundlegenden Bedürfnis vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger entsprechen, zeigte das Entstehen von verschiedenen Bürgerinitiativen im gleichen Jahr, die für die Schillerstraße, die Au und die Vorstadt eigenständig und unabhängig von uns GRÜNEN Vorschläge und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entwickelten.

Man kann sagen: "Verkehrsberuhigung" wurde zu einer Art kommunalpolitischem "Thema des Jahres".

Auch der Bürgermeister und die anderen Rathausparteien meldeten sich zu Wort. Im Gemeinderat wurden einige Beschlüsse in die richtige Richtung gefaßt. Die wichtigsten seien hier noch einmal genannt: Bei der Erneuerung der Hauptstraße zwischen Silberstraße und Ortsausgang nach Langenzell werden in Kürze zwei Verengungen geschaffen, die den Autoverkehr verlangsamen und die Sicherheit der Fußgänger verbessern werden (breitere Gehwege und Hochbordsteine). In der Goethestraße wurde eine "Tempo 30 - Zone" eingerichtet.

So weit, so gut. Damit hatte es sich dann aber auch. Weitergehende Vorschläge der GRÜNEN wurden nicht aufgegriffen. Insbesondere unsere Forderung nach schrittweiser, flächendeckender Einführung von "Tempo 30" in allen Wohngebieten und entsprechende straßenbauliche Maßnahmen stießen auf Ablehnung. Nicht einmal in der Goethestraße sollten die dort unbedingt erforderlichen "optischen Bremsen" eingebaut werden: Für Pflanzkübel und Parkbuchten



# DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

wurde kein Geld bewilligt. Entsprechende Anträge der GRÜNEN in den Haushaltsberatungen wurden regelmäßig abgelehnt.

**DIE ZEIT IST JETZT REIF FÜR EINEN NEUEN ANLAUF IN SACHEN VERKEHRSBERUHIGUNG !**

Die Zeit hat nämlich für uns gearbeitet, das kommt auch mal vor. Ende nächsten Jahres läuft der bundesweite Großversuch mit den "Tempo 30 - Zonen" aus, und es besteht kein Zweifel mehr daran, daß dann aus dem Provisorium eine Dauereinrichtung wird. Schon jetzt läßt sich als Ergebnis dieses Großversuchs statistisch nachweisen: "Tempo 30" bringt mehr Lebensqualität und senkt vor allem deutlich die Unfallhäufigkeit.

Der Deutsche Städtetag hat sich deshalb schon eindeutig für die endgültige Einführung der "Zonen" in die STVO ausgesprochen. Viele Gemeinden - auch in unserer Nachbarschaft - haben mit baulichen Maßnahmen in dieser Beziehung ohnehin Tatsachen geschaffen. Und Bad Dürkheim (Schwarzwald-Baar-Kreis) hat vor einem Monat als erste Gemeinde in Baden-Württemberg die Genehmigung des Stuttgarter Innenministeriums für die flächendeckende Einführung von "Tempo 30" im ganzen Ort erreichen können. Man sieht: "Tempo 30" ist machbar.

Die GRÜNEN werden jedenfalls bei den kommenden Haushaltsberatungen die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Ausdehnung der bestehenden "Tempo 30 - Zone" auf das ganze Wohngebiet rechts und links von der Goethe- und Panoramastraße und Umbaumaßnahmen in der Goethestraße und VOR DER SCHULE beantragen!

Darüberhinaus haben wir dem Herrn Bürgermeister die Einberufung des auch für Fragen der Verkehrsberuhigung zuständigen Umwelt-Ausschusses vorgeschlagen, der seit zwei Jahren (!!) nicht mehr getagt hat. Der Ausschuß ist das geeinte Gremium für die Beratung eines verbindlichen Stufenplanes zur Verkehrsberuhigung in ganz Wiesenbach mit Vorrang für die Hauptstraße. Es ist Zeit für eine Grundsatzentscheidung. Auch in Wiesenbach. Für weniger schädliche Abgase in der Luft, weniger Lärm und mehr Sicherheit auf den Straßen.

Mit freundlichen Grüßen

*J.L. Nöllenburg*  
Gemeinderat

Bericht von der 22. Landesversammlung der GRÜNEN Baden-Württemberg vom 21. -23. 10. 1988 in Schwäbisch-Hall

Die Landesversammlung hatte drei Schwerpunkte:

- Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft
- Erklärung zu den Finanzvorwürfen gegen die Bonner GRÜNEN
- Europawahl

Unser Kraichgau-Odenwald-Kreis war diesmal immerhin durch vier WiesenbacherInnen (Isa und Martin Suske, Peter Kühn, Heinz-Ludwig Nöllenburg) vertreten. Natürlich waren wir sehr gespannt, ob wir ein Hick-Hack-Wochenende erleben würden, oder ob das Wochenende sachlich und konstruktiv verlaufen sollte.

Am ersten Abend beschäftigte sich die Landesversammlung (LV) mit dem Verhältnis von Kirche und Staat. Manfrau sah sich veranlaßt, dieses Thema zu behandeln, weil, nach Ansicht vieler, die starke Einflußnahme der staatlichen Kirche auf das gesamte gesellschaftliche Leben zur Vorherrschaft einseitiger Wertbegriffe und Moralvorstellungen geführt hat.

Nach mehrstündiger angeregter Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staat setzten sich die Anhänger einer relativ strikten Trennung von Kirche und Staat durch. Es wird gefordert:

- die Abschaffung
- des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach
- der Kirchensteuern
- der theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten.

Gleichzeitig sehen die GRÜNEN BaWü jedoch eine ganze Reihe begrüßenswerter politischer Gemeinsamkeiten mit den Kirchen in diesem "Tendenzbeschuß", etwa in der Ausländer- und Asylpolitik, der Ökologie- und Friedenspolitik. Nicht zuletzt durch den Einfluß der "Christen bei den GRÜNEN" wollen die BaWü GRÜNEN verstärkt den Dialog mit christlichen Basisgruppen, Religionsgemeinschaften und den Amtskirchen suchen.

In der Diskussion um die angeblichen Unregelmäßigkeiten bei den Finanzen der Parteispitze in Bonn setzte sich die LV für eine vollständige und offene Aufklärung der Vorwürfe ein.

Lesen Sie die Fortsetzung auf

Seite 8

# - Nordsee ist Mordsee!

ALGENPEST UND ROBBERSTERBEN - zwei Schlagwörter, die wohl auch in Zukunft untrennbar mit dem Sommer 1988 verbunden sind. Während das erste beinahe gleichzeitig mit dem Algenteppich wieder aus unserem Wortschatz verschwunden ist, wird uns das zweite wohl noch eine Weile erhalten bleiben.

*Vielleicht deshalb, weil uns der Totenkampf dieser niedlichen Tiere mit ihrem traurigen Blick um vieles mehr rührt, als ein stinkig-ekkliger Algenteppich auf der Wasseroberfläche.*

*Vielleicht auch deshalb, weil uns das Sterben jener Säugetiere in der Nordsee viel eher nach einer möglichen Schädigung auch für uns, den Menschen fragen läßt wo wir doch in der Entwicklungskette das nächste Glied sind.*

*Vielleicht aber auch deshalb, weil das Sterben der Robben in der Nordsee und anderswo einfach kein Ende nehmen will und um den Bestand als Ganzes gebangt werden muß. Die Anzahl der im Wattenmeer verendeten Tiere liegt bei 4700, insgesamt waren Mitte September mehr als 12000 Robben krepirt. Etwa 90 % des früheren Robbenbestandes sind verendet: Eine Regeneration der Robbenpopulation wird - angesichts der stetig steigenden Zahl der täglich geborenen Kadaver - immer unwahrscheinlicher.*

## Kümmert Euch um Euren Dreck.

Giftmüll-Verbot für die Nordsee und anderswo



Farbe bekennen  
DIE GRÜNEN

Aus welchem Grund auch immer, die Bilder der toten Robben, die am Strand in Müllsäcke verpackt, aufgegabelt und zum Sezieren in zahlreichen Labors ratloser Spezialisten geschaffen wurden, erregten unsere Gemüter, schürten unsere Wut und unser Gefühl der Hilflosigkeit. Wenn dann die Robben - klein zerhackt - dem Hühnerfutter beigemischt - schließlich als frisches Lege-Fabrik-Ei auf den Tischen der BundesbürgerInnen landen, dann sind uns die Robben näher als wir denken.

Doch diese Katastrophe konnte nur den überraschen, der seit Jahren nicht auf die Warnungen und Berichte zahlreicher Umweltschutzorganisationen und der GRÜNEN hören wollte. Inzwischen dürfte auch dem/der Letzten ein Licht aufgegangen sein, daß hier irgendetwas nicht in Ordnung sein kann.

Wir befinden uns auf dem Scheideweg zu entscheiden, ob wir nun endlich handeln sollen und Handlungen erzwingen müssen, um unserer Gewässer und ihre Bewohner vor dem weiteren Sterben zu schützen, oder ob wir dem Willen und den Interessen der Industrie und einiger Politiker nachgeben sollen und die Nordsee ehrlicherweise und auch offiziell zur Sondermülldeponie erklären wollen.

Die Nordsee wird in vielfältigster Weise direkt und indirekt belastet. Direkt, d.h. etwa durch Erdölförderungen, die Verklappung von Dünnsäure, Hafenschlick und Klärschlämme, durch die Verbrennungen von Chemikalien auf See und das Einleiten radioaktiver Stoffe.

Bei der Abfackelung/Verbrennung von Chemikalien auf offener See, stehen dichte Abgasschwaden aus Schwefel- und Stickoxiden, Schwermetallverbindungen, Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Salzsäure, Resten und Neverbindungen der verbrannten Chemikalien über der Nordsee. Jährlich quellen dabei z.B. etwa 130000 Tonnen konzentrierte Salzsäure aus den Schloten der Verbrennungsschiffe. Wie ein dichter Teppich legt sich dieser Säure-Niederschlag auf die Wellen und verätzt kilometerweit alles Leben auf der Wasseroberfläche.

Dünnsäure, ein Abfallprodukt der chemischen Industrie, das bei der Herstellung von Titandioxid, ein Weißpigment, das in so alltäglichen Dingen wie Zahnpasta oder weißer Farbe zu finden ist, anfällt, enthält Schwefelsäure, gelöste Eisensulfate, die Leichtmetalle Magnesium und Aluminium und eine Reihe hochgiftiger Schwermetalle

Fortsetzung auf Seite 7





## ATOMKRAFTWERK OBRIGHEIM ABSCHALTEN

### VORRUHESTAND FÜRS KWO

WARUM DAS ÄLTESTE DEUTSCHE AKW IN OBRIGHEIM DRINGEND AUFS ALTENTEIL MUSS

Zwanzigjähriges Jubiläum kann das Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) 1988 feiern, eine Veranstaltung, die nie stattfinden sollte. Denn nach den früheren Aussagen der Betreiber des AKW sollte das Demonstrationskraftwerk Obrigheim nach ca. 15 Jahren seinen Betrieb einstellen. In der Zwischenzeit ist davon keine Rede mehr.

Im Gegenteil, jetzt werden gleich 40 Jahre Betriebszeit angepeilt, primär aus ökonomischen Gründen. Der angebliche "non-profit"-Meiler hat seine Investitionen längst hereingespielt und auch für die Zukunft winken den Betreibern satte Gewinne.

Aber es geht auch ums Prinzip. Die Atomlobby will ein Exempel statuieren und dem Volk vorführen, wie "sicher" die bundesdeutschen AKWs sind und daß selbst der älteste Ofen solange unter Feuer bleibt, wie es den Herren von der Industrie und den Ihnen wohlgesonnenen Mitgliedern der Reaktorsicherheitskommission beliebt. Weil aber gerade das KWO ein Präzedenzfall für Sicherheitsmängel in AKWs ist, muß gegen dieses 40-Jahre-Diktat mit allen Mitteln vorgegangen werden.

### DIE FÜNF GRAVIERENDSTEN SICHERHEITSMÄNGEL DES AKW OBRIGHEIM

1. Kein Schutz gegen Erdbeben  
Das KWO ist nicht gegen Erdbeben ausgelegt. Die Betreiber behaupten ungerührt, Obrigheim liege in einem erdbebenfreien Gebiet, obwohl wissenschaftliche Unterlagen und die Erfahrung der Bevölkerung das Gegenteil bestätigen.
2. Kein Schutz gegen Flugzeugabsturz  
Das KWO ist völlig unzureichend gegen Flugzeugabsturz gesichert. Sogar das neu errichtete Notstandsgebäude ist nicht gegen den Absturz einer "Phantom" ausgelegt, der Rest hält nicht einmal dem Absturz eines vergleichsweise leichten Jets wie einem Starfighter stand. Überflüge sind oft zu beobachten.
3. Kein Schutz gegen Brüche im Primärkreislauf  
Das KWO ist nicht für die Beherrschung großer Brüche (dem GAU) im Primärkreislauf ausgelegt. Zentrales Problem des AKW ist, daß die Anlage als "2-Loop-Anlage" konzipiert ist, damit im Gegensatz zu neueren, vierfach ausgelegten AKWs nur zwei Dampferzeuger und zwei Abblasestationen hat. Das KWO ist nicht ausgelegt gegen einen Bruch der Kühlmittelleitungen im Primärkreislauf.
4. Kein Schutz gegen Sprödbruch  
Ein katastrophales Versagen des Reaktordruckbehälters durch Sprödbruch kann nicht ausgeschlossen werden. Dieses Teil ist aber im Gegensatz zu anderen Sicherheitseinrichtungen in AKWs nur ein mal vorhanden, umso schlimmer ist dieses Sicherheitsdefizit.
5. Mangelhafter Brandschutz  
Beim KWO gibt es keine systematische Trennung von wichtigen Systemen, die zur Beherrschung der Anlage benötigt werden. Dies gilt insbesondere für die Kabel in Kabelkanälen und Kabelschächten, die zu wichtigen Leit-, Steuer- und Meßeinrichtungen führen. Auch die sicherheitstechnisch wichtige Stromversorgung der Anlage ist nicht in vier Strängen aufgebaut wie bei neueren Anlagen.

## HELFT, DEN PROZESS GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK OBRIGHEIM ZU FINANZIEREN !!!

- I Nach § 17 Abs. 5 Atomgesetz muß die Genehmigung für ein AKW widerrufen werden, wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritten oder der Allgemeinheit erforderlich ist. Solche Gründe sind beim Atomkraftwerk Obrigheim ausreichend vorhanden. Wir wissen heute um viele sicherheitstechnische Mängel, die beim Genehmigungsverfahren noch unbekannt waren. Die Katastrophe von Tschernobyl und die Korruptionsaffären um Nukem/Alkem haben gezeigt, daß diese Technologie nicht verantwortbar ist. Beim KWO tritt die Besonderheit hinzu, daß eine endgültige Betriebsgenehmigung fehlt. Sie könnte auch nicht mehr erteilt werden, da das KWO nach dem heutigen Standard nicht genehmigungsfähig wäre.
- II Die Bürgerinitiative für Alternative Energie Obrigheim, die seit Jahren vor Ort gegen das KWO aktiv ist, hat zusammen mit Patenarbeitskreisen in der Umgebung die organisatorischen Voraussetzungen für einen Antrag auf Widerruf der Genehmigung fürs KWO bzw. auf Stilllegung geschaffen. Gleichzeitig soll eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg beantragt werden. 2 Klägerinnen und 2 Kläger sind bereit, stellvertretend für alle Atomkraftgegner/innen der Region diese juristische Auseinandersetzung zu führen. Juristische Erfolge sind möglich wie das Beispiel Mühlheim-Klänglich zeigt. Als Anwalt konnte Dr. Peter Becker, Marburg, gewonnen werden. Dr. Becker ist Experte auf dem Gebiet des Atomrechtes. Er vertritt BIs in gleichen Angelegenheiten bei Biblis und Würgassen. Mitarbeiten wird auch noch das Ökoinstitut Darmstadt, das 1986 eine Sicherheitsstudie zum KWO erstellte und bei der Anhörung im Januar 1988 im bad.-württ. Landtag auf Sicherheitsmängel hinwies. Wir verfügen außerdem über juristische Gutachten zur fehlenden Betriebsgenehmigung des KWO. Weitere wissenschaftliche Hilfe für den Prozeß wurde zugesagt.
- III All das kostet viel Geld. Wir müssen für alle Verfahren, eventuell bis zum Bundesverfassungsgericht, mit Kosten von mind. DM 30.000,-- rechnen. Diese Kosten entstehen weitgehend unabhängig vom Prozeßausgang. Bürgerinitiativen und Patenkreise haben vereinbart, die Anträge und Klagen zu starten, wenn DM 20.000,-- an Spenden eingegangen sind. Wir wollen und können den Kläger/innen nicht auch noch ein eigenes finanzielles Risiko aufbürden. Dieses Ziel soll schnellstmöglichst erreicht werden.

### Wir rufen auf :

Spendet reichlich auf das unten angegebene Konto.  
Helft mit, das Verfahren gegen das KWO in Gang zu bringen.

Sonderkonto Obrigheim Abschalten  
Volksbank Neckargemünd e. G.  
Kto.-Nr.: 4 4 6 7 8 0 9      BLZ 672 917 00

Kontaktadresse : Wolfgang Stather, Poststr. 18, 6901 Wiesenbach

In den nächsten Wochen wird von der BI u. den Patenkreisen Infomaterial zum Schrottreaktor Obrigheim erarbeitet, das bei Veranstaltungen u. Aktionen verteilt werden kann. Dieses Material kann bei der BI Obrigheim oder der angegebenen Kontaktadresse bestellt werden.

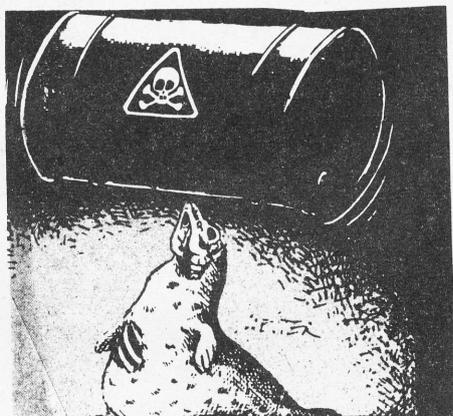


FORTSETZUNG VON SEITE 4

wie Blei, Cadmium, Kupfer, Nickel, Kobalt, Zink, Chrom sowie Erzurückstände und Eisen. In den Verklappungsgebieten von Dünnsäure nimmt der Fischbestand stetig ab. Darüberhinaus sind zwischen 20 und 50 % der gefangenen Fische wegen Krankheiten nicht mehr essbar.

Diese direkte Belastung der Nordsee bewirkt allerdings nur ca. 10 % der Schadstoffeinträge ins Meer. Aber sie wären schnell zu vermeiden durch ein Sofortverbot der Verklappung und der Verbrennung von Abfallstoffen auf See und ein erzwungenes Umsteigen der Chemieindustrie auf eines der drei inzwischen erprobten Verfahren der Wiederaufbereitung dieser Stoffe, wie sie z.T. schon praktiziert wird.

90 % der Schadstoffeinträge in die Nord-



see kommen über unsere Flüsse und die Luft, d.h. über das Binnenland ins Meer. Eine der Hauptursachen hierfür ist die Flußüberdüngung durch Phosphor und Stickstoff, also Phosphat sowie Nitrat und Ammoniak. Nach einer Zusammenstellung des Deutschen Hydrographischen Instituts Hamburg verlassen jährlich bis zu 700000t Stickstoff und 83000 t Phosphor mit dem Flußwasser das Bundesgebiet.

67,4 % der Phosphat und Nitrateinträge stammen aus häuslichen Abwässern, die in unserem Fall über den Neckar in den Rhein und von dort in die Nordsee gelangen. Eine Reduzierung dieser Menge liegt in der Verantwortung und in der Möglichkeit eines jeden einzelnen. Daneben müßten für die Klärung unserer häuslichen Abwässer der Bau oder die Nachrüstung von Kläranlagen nach dem Stand der Technik, also mit Phosphat- und Nitratelimination, zwingend werden für alle Gemeinden.

Tab.: Herkunft des Phosphors in unseren Flüssen (83 000 - 87 000 t/Jahr)

Häusliches Abwasser	60%
Industrielles Abwasser	14%
Landwirtschaft	10%
Niederschlagswasser	5%
Diffuser Eintrag	11%

Tab.: Herkunft des Stickstoffs in unseren Flüssen (ca. 689 000 t/Jahr)

Häusliches und industrielles Abwasser	51%
Grund- und Drainwasser	31%
Niederschlagswasser	7%
Landw. Abwässer	7%
Erosion und Pflanzenstreu	2%

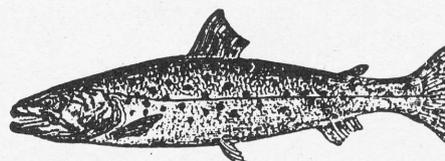
(nach Nick Gailer, AK Umwelt des BBU)

17,1 % der Schadstoffeinträge kommen aus der Landwirtschaft, die mit zum Hauptverursacher auch der Belastung des Grundwassers mit Nitraten geworden ist. Dies durch eine fehlgeleitete Agrarpolitik, in der z.B. der Futtermittelanbau für Massentierhaltung riesige Mengen an Düngemitteln und Pestiziden, d.h. an Chemikalien verschlingt und durch die Ummengen von Gülle zur Stickstoffbelastung der Nordsee beitragen.

12,5 % der Phosphat- und Nitrateinträge in die Nordsee kommen aus industriellen Abwässern. Dieser Betrag scheint uns verschwindend gering. Man darf aber nicht vergessen, daß die Industrie durch das Einleiten z.B. von Schwermetallrückständen oder Chemikalien darüberhinaus über alle Maßen zur Verseuchung unserer Flüsse und damit der Nordsee beiträgt und sich dadurch zur umweltgefährlichsten Branche entwickelt hat. Jährlich schluckt die Nordsee 22000 t Schwermetall (Quecksilber, Cadmium, Blei, Zink u.a.) Die Schwermetalle sind ein besonderes Problem: sie bauen sich nicht ab, sondern lagern sich auf dem Meeresboden ab. über Algen und Meerestiere kommen sie wieder zum Menschen zurück.

3 % der Schadstoffeinträge kommen aus natürlichen Quellen. Hauptverursacher neben der Industrie sind die privaten Haushalte - manche Leute wissen wohl noch immer nicht genug über Waschmittel.....

Anina Mischau/(pk)





Eine Offenlegung sei unbedingt notwendig, um die zum Teil haltlosen Vorwürfe durch Presseberichte unter anderem im Spiegel zurückweisen zu können. Die Unregelmäßigkeiten bei der Renovierung des Hauses Wittgenstein (Tagungshaus der Gesamtpartei der Grünen) wurden bestätigt und aufs schärfste gerügt.

Als Spitzenkandidat für die Europawahl im Juni 1989 wählte die Versammlung den 35-jährigen Wilfried Telkämper (Freiburg), derzeit Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Europaparlament, zu ihrem Kandidaten. Die Entscheidung über Telkämpers Platzierung auf der Bundesliste fällt im Dezember. In der Diskussion um die Wahlplattform für die Europawahl wurde der ab 1992 geplante Binnenmarkt strikt abgelehnt:

Die GRÜNEN BaWü befürchten

- daß dieser zu noch schwereren Umweltbeeinträchtigungen (noch laschere Verordnungen im Ausland)
- einer noch stärkern Industrialisierung der Landwirtschaft (noch mehr "kleine" Bauern gehen ein)
- zur Vergrößerung der Macht der Konzerne führe.

Abzulehnen sei der Binnenmarkt, weil außerdem zu erwarten ist:

- weiterer Sozialabbau
- Abbau der demokratischen Rechte
- Entstehen von noch mehr Verkehr quer durch Europa.

Die GRÜNEN treten für ein Europa ein, in dem die Rechte aller Regionen gestärkt werden mit dem Ziel, daß reiche Regionen nicht noch reicher bzw. arme nicht noch ärmer werden.

Als wir uns am Sonntag um 17<sup>00</sup> Uhr auf den Heimweg nach Wiesenbach machten, rauchten zwar unsere Köpfe, aber wir hatten das Gefühl, daß das wohl der Stil sei, in dem alle grünen Parteitage verlaufen sollten.

Martin Suske

## Asyl und Flüchtlinge

Es ist soweit, in wenigen Wochen werden unserer Gemeinde voraussichtlich 9 Asylbewerber zugewiesen. Für diese Menschen, deren Gründe für ihr Kommen so schwerwiegend waren, daß sie ihre Heimat, ihre Verwandten und Freunde verließen, sind wir Wiesenbacher nun neue Nachbarn, deren Gebräuche und Verhalten, Sozial- und Umgangsformen und deren Sprache zunächst fremd und undurchschaubar sind.

Wir haben, wie wir GRÜNE meinen, nicht darüber zu urteilen, ob Existenznot, Folter oder erst tödliche Bedrohung anderen Menschen das Recht geben darf, ihre Heimat zu verlassen. Subjektiv ist für alle diese Flüchtlinge die Situation zuhause unerträglich geworden. Wer weiß denn, ob die Flüchtlinge nicht gerade aus Ländern kommen, die durch Material- und Waffenlieferungen aus Deutschland von ihren jeweiligen Regierungen in Krieg und Not gestürzt wurden. Und wenn jemand flieht, muß er/sie eben irgendwohin fliehen - viele auch in die Bundesrepublik, einige jetzt nach Wiesenbach.

Wir neuen Nachbarn sollten "unsere" Asylbewerber freundlich aufnehmen, ihnen die - sicher oft vorhandene - Angst vor ihrer neuen Umgebung nehmen. Wir sollten auch unsere Angst vor den "Belastungen" durch die Überlegung relativieren, daß es in der BRD nie einen größeren Wirtschaftsaufschwung gegeben hat, als in der Nachkriegszeit, als Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten hier eintrafen, die alle auch mit Wohnung, Kleidung und Nahrung versorgt werden mußten.

Sicher müssen wir zunächst in die Gemeindetasche greifen und ein Haus bauen oder kaufen. Aber dafür kann dann auch - im Namen der Menschlichkeit - mal eine Gehwegrandbefestigung in der Hauptstraße ein Jahr länger durch Panzerspuren verunziert bleiben (übrigens: so etwas müßte das Amt für Verteidigungslasten auch übernehmen). Wir konnten uns auch ein wunderschönes neues Bürgerhaus leisten, jetzt müssen wir unser Geld eben mal für humanitäre Zwecke ausgeben. Wir werden uns langsam an den Gedanken gewöhnen müssen, daß wir gemeinsam auf einer Erde leben, auf der alle Menschen ihre Rechte auf Leben, Nahrung, Wohnung und Pressefreiheit und vieles andere mehr haben, egal ob jemand Asylanter, Russe, Spätaussiedler, Deutscher oder Amerikaner ist.

Isa Suske



# SEXUALITÄT-MORAL-AUTONOMIE

Die Frauengruppe der GRÜNEN Neckargemünd lädt ein zum zweiten Neckargemünder Frauenseminar vom 20. - 22. 1. 1989. Nachdem unser erstes Frauenseminar zum Thema "Gewalt gegen Frauen" im Januar dieses Jahres auf so großes Interesse gestoßen war, veranstalten wir nun vom 20. 1. - 22. 1. 1989 wieder im Prinz Carl, Ngd. unser zweites Frauenseminar. Mit dem Thema "Sexualität - Moral - Autonomie" haben wir uns diesmal einen Bereich ausgesucht, der sich mit den subtileren - im Alltag oftmals nicht so sichtbaren - Formen der Frauendiskriminierung befaßt. Wie beim letzten Mal werden wir uns durch gemeinsame Gespräche im Plenum und durch ein Arbeiten an bestimmten Schwerpunkten in Arbeitsgruppen mit diesem Thema vertraut machen. Da es bei der Anmeldung wichtig ist, sich für eine der drei Arbeitsgruppen zu entscheiden, hier die Themen:

- AG 1 Frauen und Sexualmoral
- AG 2 Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch?!
- AG 3 Autonome Weiblichkeit - eine Utopie?

## Seminarverlauf

### Freitag, 20. 1. 1989:

Beginn 19<sup>30</sup> Uhr: Begrüßung/ Einführung in den Seminarverlauf/ Film zum Thema mit anschließender Diskussion

### Samstag, 21. 1. 1989:

Beginn 9<sup>30</sup> Uhr im Plenum mit einer kurzen Einführung ins Thema, danach bis 12<sup>30</sup> Uhr Auseinandergang in Arbeitsgruppen/ von 12<sup>30</sup> Uhr bis 14<sup>00</sup> Uhr Pause - gemeinsames Mittagessen/ von 14<sup>00</sup> Uhr - 16<sup>30</sup> Uhr Weiterarbeiten in den AG's/ 20<sup>00</sup> Uhr Kulturveranstaltung mit Heide Michels und Rita Zimmermann: "Das Isses"- eine Frauengesangstheaterrevue/ offenes Ende

### Sonntag, 22. 1. 1989:

10<sup>30</sup> Uhr Treffen zum gemeinsamen Frühstück mit der Möglichkeit bei Bedarf entweder danach nochmals kurz in die AG's zu gehen oder im Plenum Seminarkritik und allgemeinen Austausch zu machen/ Ende gegen 12<sup>30</sup> Uhr

### Teilnahmebedingungen:

Teilnehmen können n u r Frauen nach vorriger Anmeldung bis spätestens 10. 1. 1989. Der Teilnehmerinnenbeitrag beträgt 20 DM und ist bei der Anmeldung zu entrichten. Anmeldeformulare mit genauerem Programm und z.T. für bestimmte AG's ein Vorabpapier bekommt ihr bei:

Renate Müller-Röger, In der Au 36  
6901 Wiesenbach, Te. 06223/47523

oder bei

Anina Mischau, Kurt-Lindeman-Str. 4,  
6903 Neckargemünd, Tel. 06223 / 71318.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen!



**FRAUEN**

**FRAUEN**

**FRAUEN**

**FRAUEN**

# NACHRUF

Der Lyriker Erich Fried ist nach langem Kampf gestorben. Wer ihn gekannt hat, und sei es nur von einer seiner letzten beiden Lesungen in Neckargemünd, weiß, daß er von unerschütterlicher Menschenliebe getragen war, er deshalb lebenslang gegen unmenschliche destruktive Verhältnisse gelebt und geschrieben hat.

Seine Gedichtbände sind in hoher Auflage erschienen, sein Werk ist umfangreich und es fällt schwer, ein Gedicht allein für diesen kleinen Nachruf herauszusuchen. Wir haben aus dem Band "Liebesgedichte" (Verlag Wagenbach) das folgende ausgesucht:

Was ist Leben?

Leben  
das ist die Wärme  
des Wassers in meinem Bad

Leben  
das ist mein Mund  
an deinem offenen Schoß

Leben  
das ist der Zorn  
auf das Unrecht in unseren Ländern

Die Wärme des Wassers  
genügt nicht  
Ich muß auch drin plätschern

Mein Mund an deinem Schoß  
genügt nicht  
Ich muß ihn auch küssen

Der Zorn auf das Unrecht  
genügt nicht  
Wir müssen es auch ergründen

und etwas  
gegen es tun  
Das ist Leben

Erich Fried ist tot - aber ein Nachruf wie dieser in einer Kleinst-Provinz-Zeitung wie dem GRÜNEN BOTEN verdeutlicht, daß er in uns weiterlebt, seine Worte buchstäblich bis ins letzte Dorf gelangt sind.

Peter Kühn



## AUS DEM GEMEINDERAT: -

Der Wiesenbacher Gemeinderat hat nach einem Jahr erneut die Müllgebühren erhöht: Die Erhöhung der Deponiegebühren durch den Landkreis wurde in vollem Umfang an die BürgerInnen weitergegeben.

Ab 1. Januar 1989 werden die WiesenbacherInnen deshalb 12 - 13 Prozent mehr für die Müllgebühren bezahlen müssen.

Als einziger stimmte der Gemeinderat der GRÜNEN gegen die Erhöhung. Er verwies auf die verfehlte Politik des Landrates in Sachen Müll. Als jüngstes (kostenträchtiges) Beispiel nannte er die gegen alle Bedenken und ohne ausreichende Absprache mit Mannheim und Heidelberg vom Landrat durchgeboxte Müllverbrennungsanlage für Ladenburg.

(ln)

# KULTUR

"DAS ISSES"    
FRAUENGESANGSTHEATERREVI  
mit HEIDE MICHELS und

RITA ZIMMERMANN am  
Samstag 21. Januar 1989 20<sup>00</sup>.  
im Prinz Carl, Neckargemünd



IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE" Nr. 3/88  
Zeitung der "GRÜNEN" Wiesenbach  
V.i.S.d.P. Bernhard Hofmann  
Panoramastrasse 40  
6901 Wiesenbach

Auflage: 950  
Die Meinung der Autoren stellt  
nicht in jedem Falle die Auffass-  
ung der Redaktion dar.